

vom 15.4.51

Armes Europa

W. B. Europa hat noch mal eine Chance bekommen. Denn dies war der eigentliche Inhalt der Auseinandersetzung, die mit der Abberufung MacArthurs endete: die maßgeblichen Faktoren der amerikanischen Politik haben daran festgehalten, daß Westeuropa auf keinen Fall geopfert werden darf. Durch eine unübersehbare Kriegsausweitung im Fernen Osten könnte die Sowjetunion zum Vorprellen im Westen verleitet werden. Jedenfalls bestünde die Gefahr eines so starken Engagements der Vereinigten Staaten, daß für Westeuropa nicht viel übrig bleiben würde.

Niemand kann beweisen, ob diese Einschätzung der Dinge richtig ist. MacArthur war offenbar geneigt, im Fernen Osten eine Gesamtentscheidung zu erzwingen. Diese, seine Neigung und seine früheren Verdienste in allen Ehren, aber er wollte auch die Abdankung der demokratischen Institutionen zugunsten eines politisierenden Generals erzwingen. Das hat sich Truman nicht gefallen lassen, und er hat deswegen unsere volle Sympathie.

Es wäre gut, wenn sich auch die Deutschen nicht alles bieten lassen würden. Dr. Adenauer ist Bundeskanzler und Außenminister, aber er tut manchmal so, als sei er ein allmächtiger Heerführer, den kein Präsident und keine demokratische Körperschaft zur Ordnung rufen könnte. Seit einem Jahr wird über den Schuman-Plan verhandelt. Der Entwurf der Montanunion ist vor kurzem paraphiert worden. Adenauer ist nach Paris gereist, um zu unterschreiben. Nun wird er gewiß zwischendurch noch mal wieder nach Bonn kommen müssen. Aber seine Vorstellung war doch die, daß der Bundestag in einigen Wochen einfach vor die Frage der Ratifizierung gestellt werden sollte. Friß Vogel oder stirb!

Ein guter Beobachter der westdeutschen Verhältnisse hat neulich die Frage aufgeworfen, ob es nicht etwas vermessen sei, von der neuen deutschen Demokratie zu sprechen. Vielleicht wäre es angemessener, von einer „Demokraterie“ zu reden. In der Tat: die demokratischen Institutionen sind alle da, die Fassade ist in Ordnung, aber hinter der Fassade ist alles verzerrt. Es gibt kein (oder noch kein) echtes Verhältnis zwischen Volk und Regierung, zwischen Wählern und Parteien, zwischen Parlament und Verwaltung. Aber warum nur auf dem Westen herumhacken? Auch in Berlin hat

sich die „Demokraterie“ breitgemacht. Seit Wochen sind wir mit Bezirksämtern und Senatsdirektoren so sehr beschäftigt, daß für ernsthafte politische Erörterungen kaum mehr Platz bleibt.

Wir werfen Adenauer natürlich nicht vor, daß er sich ehrlich um einen deutsch-französischen Ausgleich bemüht. Aber wir haben an ihm und an manchen anderen, deren Geschichtsbild vor dem ersten Weltkrieg geprägt wurde, auszusetzen, daß sie den Notwendigkeiten des Jahres 1951 nicht gerecht werden. Für die Amerikaner ist die Sache verhältnismäßig einfach: sie betrachten den Schuman-Plan vielfach als eine Testfrage, als eine Frage, durch deren Beantwortung sich zeigen soll, ob man von diesem alten Kontinent noch etwas Vernünftiges erwarten kann.

Kann man? Uns will scheinen, daß bisher kein guter Kompromiß zwischen dem Notwendigen und dem Möglichen gefunden wurde. Die Argumente der Nationalisten interessieren in diesem Zusammenhang nicht. Aber wir sind zutiefst davon überzeugt, daß man den Notwendigkeiten dieses Kontinents nicht gerecht wird, wenn man seinen Zusammenschluß nicht auf dem Boden der Gleichberechtigung vollzieht — wobei wir nicht an eine formale Gleichberechtigung beim Abstimmen denken, denn man kann sich sehr wohl eine Lösung denken, bei der die kleinen Nationen nicht an die Wand gedrückt werden und den Lebensinteressen der großen Industriezentren dennoch Genüge getan würde.

Es kann keinen echten europäischen Zusammenschluß geben, wenn nicht der Verdacht ausgeräumt wird, daß aus dem Krieg entsprungene Vorteile gesichert und wirtschaftliche Unvernünftigkeiten aufrechterhalten (oder neubegründet) werden sollen. Es kann auch keine gedeihliche europäische Entwicklung geben, wenn sich ein südwestliches Kleinsteuropa von der sozial und wirtschaftlich entwickeltesten Gruppe im Nordwesten (England und Skandinavien) absondern wollte. Aber es wäre ein Jammer, wenn die Initiative des Schuman-Plans im Nichts ausmünden würde. In Wirklichkeit geht es ja wohl um einiges mehr als um den Schuman-Plan, bis zu dessen voller Realisierung ohnehin fünf Jahre vergehen würden. Im Laufe dieser fünf Jahre wird sich jedenfalls entscheiden müssen, ob es für dieses arme Europa einen demokratischen (also nicht nur traditionellen) Ausweg gibt.